

Ein etwas anderer Bericht zur gesamtwirtschaftlichen Lage

Ökonomie aus der Sicht der Bevölkerungen

Von GÜNTHER MOEWES



• Fast alle installierten Wirtschaftsmechanismen resultieren letztendlich aus den Konstruktionen der leistungslosen Vermehrung der Kapitalvermögen und fast alle vergrößern die soziale Ungleichverteilung. Noch nie in der Geschichte waren Reichtum und Wohlstand in Deutschland so groß wie heute. Bei allen Pro-Kopf-Indices für Reichtum ist Deutschland unter den Flächenstaaten nicht Schlusslicht, sondern Weltspitze: beim Bruttoinlandsprodukt, beim Exportüberschuss, bei den privaten Geldvermögen und bei den ausländischen Direktinvestitionen. Bei letzterem wird es nur noch von Belgien und Luxemburg aufgrund deren Europa-Funktionen übertroffen.

Seit 1971 haben sich:

- sein jährliches Bruttoinlandsprodukt mehr als verdoppelt
- sein jährlicher Exportüberschuss mehr als verfünfeinfacht
- seine privaten Geldvermögen mehr als verdreizehnfach

An eine gleich gebliebene Bevölkerungszahl gibt es also gegenüber 1971 das Doppelte an Gütern und Dienstleistungen zu verteilen. Von „Schlusslicht“ oder „Umbruch“ keine Spur.

Ebenfalls seit 1971 haben sich auch in Deutschland:

- die Armut mehr als verdoppelt
- die Arbeitslosigkeit mehr als verdreifacht
- die Staatsschulden mehr als vervierzehnfacht.

Politik, Schulökonomie, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften versuchen, diesem Phänomen seit nunmehr 40 Jahren völlig erfolglos mit den immer gleichen, völlig wirkungslosen Zeitgeistrezepten „Wachstum“ und „Arbeitsbeschaffung“ zu begegnen. Vor kurzem war in der Sendung „Hart aber fair“ im WDR-Fernsehen ein Zusammenschritt von Kanzleräußerungen seit Ludwig Erhard zu sehen, in dem alle fast wortgleich versprachen, „die Wende auf dem Arbeitsmarkt“ stünde nun „un-

mittelbar bevor“. In einem ökonomisch besonders naiven Fall wurde sogar die „Halbierung“ der Arbeitslosigkeit versprochen. Die Wende ist aber niemals gekommen. Sie kann aus dem System heraus auch niemals kommen, weil dieses auf folgenden Grundwidersprüchen aufbaut:

1. Das deutsche und das weltweite Sozialprodukt wachsen seit 1950 streng linear (1). Sie werden nur unsinnigerweise in exponentiellen Prozentraten gemessen. Diese müssen bei einer linear wachsenden Wirtschaft naturgemäß kontinuierlich zurückgehen. Diese unsinnige seismografische Schwankungsmessung soll das dauernde Krisengejammer legitimieren.

2. Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum steigen seit 1965 parallel an. Das zeigt: Arbeitslosigkeit lässt sich durch Wachstum nicht langfristig reduzieren. Es ist prinzipiell nicht möglich, den ständigen Anstieg der Produktivität durch dauernde Neuerfindung oder Neubeschaffung von Arbeit auszugleichen.

3. Anders als das Sozialprodukt und Arbeitslosigkeit steigen die privaten Geldvermögen seit 1950 nicht linear sondern exponentiell an, und zwar jährlich um 7,47 Prozent. Die exponentielle Exaktheit dieses Anstiegs wird weder vom Leitzins noch von Konjunktur-, Öl- oder sonstigen Wirtschaftskrisen nennenswert beeinflusst. Exponentielle Vorgänge begünstigen immer den, der einen Vorsprung hat und verschärfen den Rückstand der anderen. In Spätzeiten beschleunigt sich diese Entwicklung aufgrund der Mathematik des Exponentiellen dramatisch. Die Schere zwischen diesem exponentiellen Anstieg und dem nur linearen Anstieg des Sozialprodukts ergibt das Ausmaß der sozialen Ungleichverteilung. Der Reichtum wächst schneller als die Wirtschaft. Er konzentriert sich zunehmend auf eine demokratisch immer schwerer zu kontrollie- » » »

rende Minderheit von Superreichen. Mittlerweile besitzen zehn Prozent der deutschen Bevölkerung 2,5 Billionen Euro an privaten Geldvermögen (2).

4. Der größte Teil des Anstiegs dieser Geldvermögen resultiert aus ihrer leistungslosen Vermehrung. Deren Techniken werden immer aggressiver und raffinierter: vom Zinseszins über Private Equity bis zu Hedge Fonds. **Die Umverteilungsfunktion des Zinseszins ist dabei weitaus größer als der Zinssatz vermuten lässt, weil er sich über die verschiedenen Produktions-, Handels- und Dienstleistungsstufen zu immer größeren Anteilen in Preisen, Mieten und Steuern akkumuliert (3).**

5. Aufgrund dieser leistungslosen Kapitalvermehrung jagten schon im Jahr 2000 täglich zwei Milliarden Dollar auf der Suche nach Anlage um den Globus. Diesen Summen haben alle Nationalbanken der Welt zusammen nichts Adäquates mehr entgegen zu setzen. Das Crash-Risiko ist längst nicht mehr kalkulierbar.

6. Aufgrund der Anlage/Kredit-Mechanismen und der Bilanzgesetzmäßigkeiten wachsen die Gesamtschulden von Staat, Unternehmen und Privathaushalten zusammen grundsätzlich parallel zu den Gesamtvermögen.

7. Da der Staat aber keine nennenswerten Geldvermögen mehr hat und bei Unternehmen und Bevölkerungsmehrheit Geldvermögen und Schulden in der Bilanz ausgeglichen sind, wachsen die Staatsschulden parallel zu den privaten Geldvermögen der Reichsten: In Deutschland haben die vier Prozent Reichsten der Bevölkerung so viele Geldvermögen auf ihren privaten Konten wie alle Staatsschulden von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen, nämlich 1,3 Billionen Euro.

8. Diese 1,3 Billionen Privatvermögen steigen zwar parallel mit den Staatsschulden an. Sie gehen aber keineswegs parallel mit deren etwaigen Abbau zurück. Solange die Gesamtvermögen bestehen bleiben, ändert sich auch nichts an der Höhe der Gesamtschulden von Staat, Unternehmen und Privathaushalten zusammen. Aller Abbau von Staatsschulden ist dann immer nur interne Schuldenumverteilung, Abwälzen auf die Schulden von Unternehmen und Bevölkerung. Denn alle Reduzierung holt sich der Staat dort über Steuern wieder. Nicht abwälzen, sondern wirklich reduzieren kann er seine Schulden nur, wenn er auf der anderen Seite die 1,3 Billionen Euro an privaten Geldvermögen der Reichsten reduziert.

9. Genau so viele Zinsen wie der Staat insgesamt jährlich zahlt, fließen auf die privaten Konten dieser vier Prozent Reichsten. Nicht die Zukunftslasten sind das Hauptproblem der Staatsschulden, auch nicht die Einschränkung der politischen Gestaltungsfähigkeit, sondern ihr Beitrag zur sozialen Umverteilung von unten nach oben. Alle Staatsschulden sind Reichenbedienung (4). Natürlich zahlen die Finanzminister ihre Schuldzinsen nicht direkt auf die Privatkonten dieser vier Prozent Reichsten, nicht zuletzt, weil die zumeist bessere Anlagemöglichkeiten haben. Das ändert aber Nichts daran, dass auf deren Konten am Ende genau so viele Zinsen eingegangen sind, wie der Staat gezahlt und von den Steuerzahlern ein-

getrieben hat. Wo das Geld zwischendurch war, ist dabei unerheblich. Nur wenn der Staat dafür gesorgt hätte, dass die Reichsten diese Megavermögen nicht hätten anhäufen können, hätte er seine Schulden nicht und brauchte die Zinsen nicht zu zahlen.

10. Ähnlich wie die Verdreizehnfachung der privaten Geldvermögen kommt auch die Verfünzfachung der Exportüberschüsse nicht bei den Bevölkerungseinkommen an. Für Länder mit Importüberschüssen bedeuten sie ohnehin nur Arbeitsdiebstahl. Und in den exportierenden Ländern kommen sie in erster Linie der leistungslosen Kapitalvermehrung zugute. Diese Feststellung gilt im übrigen weitgehend für einen großen Teil des Welthandels insgesamt. Ricardos „komparativer Kostenvorteil“ gilt längst nur noch für Konzerne und Reiche. Die Bevölkerungsmehrheiten sind weitgehend Verlierer, bestenfalls teilweise „Win-loser“.

11. Alle leistungslose Kapitalvermehrung erzeugt sich nicht selbst. Sie muss vielmehr erst durch Arbeit von Menschen und Maschinen erwirtschaftet werden. Oder umgekehrt: Die leistungslose Vermehrung der Kapitalvermögen lässt sich nur sicherstellen, wenn der Jahrtausendtraum von der Befreiung von Arbeit verhindert wird, wenn er in den Albtraum „Arbeitslosigkeit“ verwandelt wird, in dem die Maschinen das Geld für die Kapitalvermögensbesitzer verdienen und nicht für die von Arbeit Befreiten.

12. So entsteht einer der größten Grundwidersprüche des Systems: Man lenkt die Gewinne aus menschlicher Arbeit über die leistungslose Kapitalvermehrung zu Investitionen in Maschinen, die diese Arbeit immer weiter beseitigen. Gleichzeitig koppelt man aber die materielle Existenz der Bevölkerungsmehrheiten über Löhne, Gehälter und Sozialsysteme weiter an eben diese immer mehr beseitigte menschliche Arbeit.

13. So wie die Arbeitslosigkeit nicht die Folge fehlenden Wachstums ist, sind die leeren Rentenkassen nicht Folge des „demographischen Wandels“. Schließlich kann an eine zwar gealterte, aber zahlenmäßig gleichgebliebene Bevölkerung das doppelte Sozialprodukt von 1971 verteilt werden. Die Produktivität der Maschinen ist bisher stets schneller gestiegen als der Anteil der Ruheständler. Die Rentenkassen sind vielmehr leer, weil sie nicht aus den steigenden Industrialisierungsgewinnen und der steigenden leistungslosen Kapitalvermehrung finanziert werden, sondern ausgerechnet aus der immer mehr verschwindenden menschliche Arbeit. So erntet eine Minderheit einseitig die Früchte der Industrialisierung und die Mehrheit muss sich gegen deren Folgen gefälligst untereinander selbst versichern.

14. Die aufgezählten Mechanismen addieren also den wachsenden Reichtum auf der einen Seite zu immer größerer Armut auf der anderen Seite:

- die wachsende Schere zwischen exponentieller Kapitalvermehrung und nur linearem Anstieg des Sozialprodukts
 - der Anstieg von privaten Vermögen und Staatsschulden
 - der globale Arbeitsdiebstahl durch Exportüberschüsse und Welthandel
- » » »

- die Kopplung der Bevölkerungseinkommen an die durch Kapitalrenditen (aus eben diesen Einkommen) beseitigte Arbeit,
- die einseitige Verteilung der steigenden Industrialisierungsgewinne an die Kapitaleite und der Versorgungslasten an die verschwindende Arbeit.

15. Alle diese Mechanismen führen in eine globale Dumpingspirale. Entgegen weit verbreiteten Vorstellungen nützt die Globalisierung auch den Bevölkerungsmehrheiten der Entwicklungsländer nicht. Auch diese Tatsache wird durch die unsinnigen exponentiellen Wachstumszahlen absichtsvoll vernebelt: Tatsächlich holen auch die meisten Länder mit hohen Wachstumsraten von sieben oder neun Prozent nicht nur nicht auf. Sie fallen vielmehr noch jahrzehntelang weiter hinter die Industrieländer mit weit niedrigeren prozentualen Wachstumsraten zurück, einfach weil deren Pro-Kopf-Sozialprodukt um ein Vielfaches größer ist.

16. Mag sein, dass die dargestellten Widersprüche und Fehlentwicklungen zu Beginn nicht aus willentlicher Bösartigkeit resultierten, sondern aus fahrlässigem Kontrollverzicht und aus legitim empfundener Ausnutzung eines nun einmal vorhandenen Systems.

Mittlerweile wird jedoch unverblühte Reichenpolitik betrieben. Die skrupellose Selbstbedienung der Täter mit Millionenabfindungen, Lustreisen und Aufsichtsratsposten korreliert mit den Demütigungskonstruktionen für die Opfer, mit der „Agenda 2010“ und „Hartz IV“. Wie nennt der Papst in seiner neuen Enzyklika einen Staat, der sich nicht um eine gerechte Ordnung kümmert?

„Eine große Räuberbande“(5). Die steigende Ungleichverteilung wird als naturgegebener Systemzwang abgetan, Kritik daran als „Sozialneid“. Der Bevölkerungsmehrheit soll so nicht nur ihre absolute Einflusslosigkeit vor Augen geführt werden – sie soll gleichzeitig durch Verarmungs- und Abstiegsangst eingeschüchtert und in Schach gehalten werden. „Mehr Freiheit wagen“ (Regierungserklärung) – Was denn? Mehr Freiheit von Demokratie und Bevölkerungen gegenüber Konzernentscheidungen? Oder mehr Freiheit von Konzernen gegenüber Demokratie und Bevölkerungen? Mehr Demokratie wagen oder mehr Manchestertum?

17. Gleichzeitig führt die Reduzierung volkswirtschaftlicher und sozialer Gesichtspunkte auf die bloße Addition punktueller betriebswirtschaftlicher Konzernentscheidungen zu einer Entmachtung des Staates, zur Atomisierung von Verantwortung und damit letztlich von Demokratie. Der Neoliberalismus hat sich so alle denkbaren Reparaturinstrumente selber aus der Hand geschlagen. Ein Ausweg ohne Überwindung der Systemwidersprüche ist nicht mehr möglich.

Alternativen

Eine Reform, die diesen Namen verdient, müsste vor allem zweierlei leisten:

18. Die ständige laut- und leistungslose Umverteilung von unten nach oben stoppen und zumindest vorübergehend umkehren.

19. Einkommen und Sozialsysteme von der immer mehr verschwindenden Arbeit ab- und an die ständig steigenden Maschinen- und Kapitaleinkommen ankoppeln.

Zu 18: Hier gilt es, einige ökonomische Binsenweisheiten unverdrossen beim Namen zu nennen: Die ständige Vergrößerung der Schere zwischen dem jährlich um 7,5 Prozent exponentiell anwachsenden Kapitaleinkommen und den stagnierenden Arbeitseinkommen kann nur vermieden werden, wenn die Differenz zwischen dem Ansteigen beider Einkommen beseitigt wird. Maßnahmen, die diese Anforderung nicht erfüllen, verschärfen die Ungleichverteilung weiter. Die Anstiegsdifferenz kann nur beseitigt werden, wenn die leistungslose Vermehrung der Kapitalvermögen drastisch eingeschränkt wird:

- durch ihre schrittweise Beseitigung (etwa der in Spätzeiten trotz Niedrigzins besonders dramatischen exponentiellen Beschleunigung der Einkommen aus Zinseszins oder besonders aggressiven „Heuschrecken“-Strategien)
- durch konsequentes Wegsteuern der Differenz zu den Arbeitseinkommen. Dies kann prinzipiell nicht durch Einkommenssteuern, sondern nur durch Substanzsteuern erreicht werden. Darüberhinaus muss der globalen Konzentration von außerstaatlicher und demokratiefreier Kapitalmacht durch Förderung von Deglobalisierung und Regionalisierung entgegen gewirkt werden, vor allem des Geldes und der Energie.

Zu 19: Die Abkoppelung der Einkommen und Sozialsysteme von der Arbeit bedeutet vor allem: Abschied von der Illusion der Vollbeschäftigung und Anerkennung der Befreiung von Arbeit als Industrialisierungsfortschritt. Das bedeutet auch eine völlige Neuausrichtung der Wahlversprechen. Die ständigen Versuche, den Anstieg der Maschinenarbeit durch künstliche Arbeitserfindung und -beschaffung zu kompensieren, müssen aufgegeben werden. Das geht auch und vor allem an die Adresse der Gewerkschaften. Die Sicherung der materiellen Existenz und der Menschenwürde auch ohne Arbeit muss als normales Recht und nicht mehr als Notmaßnahme begriffen werden.

Das wirksamste Instrument hierfür ist das bedingungslose, garantierte Grundeinkommen. Um zu gewährleisten, dass es die niedrigsten Arbeitseinkommen nicht übersteigt, könnte es in einer ersten Phase auf allen Lohneinkünften als separater Einkommensteil ausgewiesen werden. Gleichzeitig müsste die maximale Abweichung vom Tarifeinkommen gesetzlich definiert werden. So wäre ein Mindestlohn gesichert und der Staat brauchte nur bei Unterschreitung einspringen.

Auf lange Sicht sollte das Grundeinkommen jedoch gänzlich steuerfinanziert werden. Dazu müsste zuerst eine minimale Steuergerechtigkeit wiederhergestellt werden, damit seine Finanzierung nicht in erster Linie und industrialisierungswidrig aus Arbeitssteuern erfolgt. Maschinensteuer und Negativsteuer könnten ebenfalls Bestandteil dieses Instruments sein. Erst ein solches Grundeinkommen würde wieder einen wirklichen „Arbeitsmarkt“ herstellen, auf dem es auch eine gewisse Entscheidungsfreiheit der Arbeitnehmer gäbe. Unabhängig davon müsste die verbleibende Arbeit durch » » »



Arbeitszeitverkürzung gerechter verteilt werden. Angesichts des bei gleichbleibender Bevölkerungszahl beharrlich linear steigenden BSP wäre dabei auch ein voller Lohnausgleich ohne Weiteres möglich.

Wann ist das Rollback zu Ende?

Alle diese Feststellungen liegen heute weit außerhalb des neoliberalen Zeitgeistes und jeder politischen Durchsetzbarkeit. Das war nicht immer so: In den achtziger Jahren waren alle diese Vorschläge bereits einmal Bestandteil der abendlichen Tagesschauen. Das Grundeinkommen brachte es sogar bis zu einer veritablen Gesetzesvorlage und Bundestagsdrucksache. Das Literaturverzeichnis meines Buches „Weder Hütten noch Paläste“ von 1995, in dem ich das bedingungslose Grundeinkommen gefordert habe, umfasst bereits 42 Titel zu „Grundeinkommen“ und „Neudefinition der Arbeit“ (6). Will man das ganze Ausmaß des Rollback begreifen, muss man sich einmal die ursprünglichen Landesverfassungen von Bayern und Nordrhein-Westfalen ansehen.

Die tatsächlichen und diskutierten Maßnahmen der gegenwärtigen Politik führen eher in die entgegengesetzte Richtung. Beispiel Kombilohn: Ohne Steuergerechtigkeit und ohne bedingungsloses Grundeinkommen werden so nur Lohnsubventionen für Unternehmen aus Arbeitssteuern finanziert. Ohne Grundeinkommen werden nur unendliche Kaskaden von Widersprüchen produziert, die dann unendlichen Stoff für unendliche Diskussionen im abendlichen Meinungsfernsehen liefern: Unternehmen können Lohnkosten zu Lasten von Staatszuschüssen „sozialisieren“, Transfereinkommen übersteigen Mindestlöhne, die Staatsverschuldung steigt, die vielbeschworene Binnenkonjunktur wird trotzdem abgewürgt und die Arbeitslosigkeit steigt natürlich auch munter weiter. In

diesem grandiosen Rollback operiert die sogenannte Sozialdemokratie mittlerweile mit dem Vokabular der CDU aus den siebziger Jahren: „Chancengerechtigkeit“, „Teilhabe“ und „Familie“ statt „Verteilungsgerechtigkeit“. Auf Diskussionsebene wird „Gerechtigkeit“ plötzlich wieder groß geschrieben, auf Tatsachenebene um so kleiner.

Unermüdlich versuchen die neoliberalen Eliten uns weiszumachen, nicht sie könnten den Niedergang aufhalten, sondern nur wir. Wir seien Deutschland und nicht sie. Und der Bundespräsident verkündigte mit treuherziger Miene in seiner Weihnachtsansprache 2005: „Wenn wir hart arbeiten, können wir auch die wieder die in unsere Mitte holen, die am Rand stehen.“ Das ist Bedienung ewig-alten Kinderglaubens. Fernsehwirklichkeit. Richtig muss der Satz heißen: „Wenn wir die ganz unten wieder in unsere Mitte holen wollen, müssen wir bei denen ganz oben damit anfangen. Daran müssen wir hart arbeiten.“

« « «

Literatur:

- (1) Afheldt, Horst: *Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder.* München 1994 Moewes, Günther: *Über die Grenzen einiger Denkmuster. Vortrag und Diskussionsbeiträge auf dem „Ersten Leipziger Baugespräch“ Mai 1997.* In: *Leipziger Messe GmbH (Hrsg): Erstes Leipziger Baugespräch. Leipzig 1997 und: Deutsches Architektenblatt 7/97*
- (2) Neubacher, Alexander: *Wer hat, dem wird gegeben.* „Der Spiegel“ 3/05, S. 106
- (3) Creutz, Helmut: *Das Geldsyndrom.* München 1993
- (4) Moewes, Günther: *Aller Reichtum braucht Schuldner.* „Humanwirtschaft“ 3/05, S.10
- (5) *Süddeutsche Zeitung vom 26.01.06, S. 1*
- (6) Moewes, Günther: *Weder Hütten noch Paläste.* Basel, Berlin, Boston 1995, S. 111, *Der Beitrag ist eine überarbeitete Zusammenfassung eines Vortrages vom 30. 11. 05 auf Einladung der Duisburger „Stiftung Umwelt, Gesundheit und Soziales“.* Ausführlich werden die Gedankengänge dargestellt in dem Buch des Autors: „Geld oder Leben“, München, Wien 2004.